

Die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Uni

UnAUFGEFORDERT

Sonder-
nummer

20 Pfennig

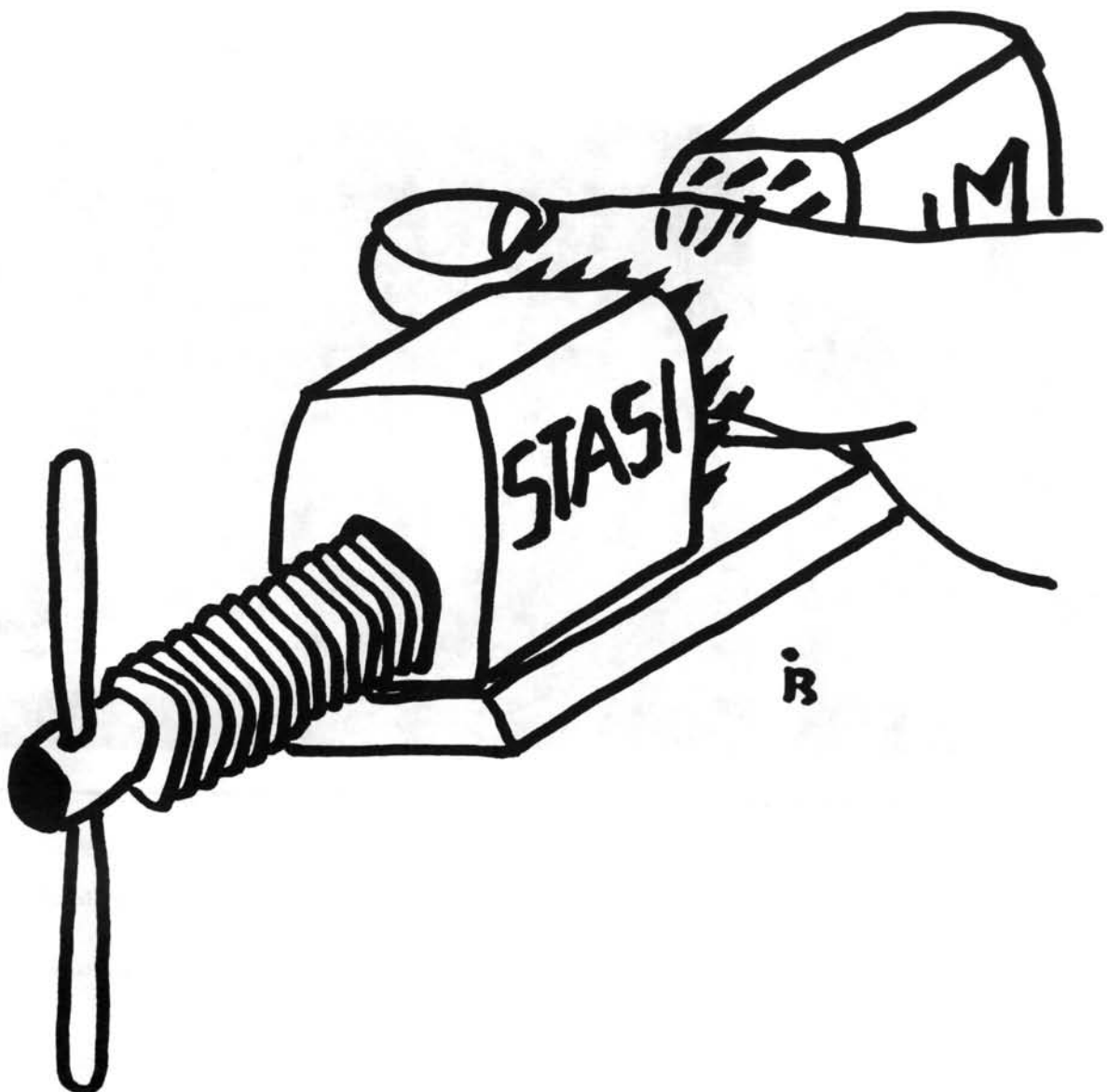
Für Nichtstudenten 150% Aufschlag

Am Zeitungskiosk gibt's diese nicht.

2.12.1991

Lieber ein Fink in der Hand als ein Erhardt auf dem Dach!

Stura der KKH



Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Diese hinter uns liegende Woche erregter Diskussionen um Gründe und Methode meiner fristlosen Kündigung als Hochschullehrer, halte ich für einen wichtigen Bestandteil der Erneuerung unserer Universität. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihr Vertrauen, eine Entscheidung, die den Rektor betrifft, auch zur Sache der Studenten zu machen. Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, auch in "UnAUFGEFORDERT" das noch einmal auszusprechen! Sie haben die in unserem ersten demokratischen Statut festgeschriebene Mitbestimmung der Studenten noch einmal überzeugend praktiziert: Der Studentenrat hat am Tag meiner Kündigung den Akademischen Senat zu einer Abend-Sondersitzung einberufen, Studenten forderten eine Vollversammlung, sie luden namhafte Schriftsteller und Politiker der Bürgerbewegung "der Wende" zu einer öffentlichen Diskussion ins audi max ein und

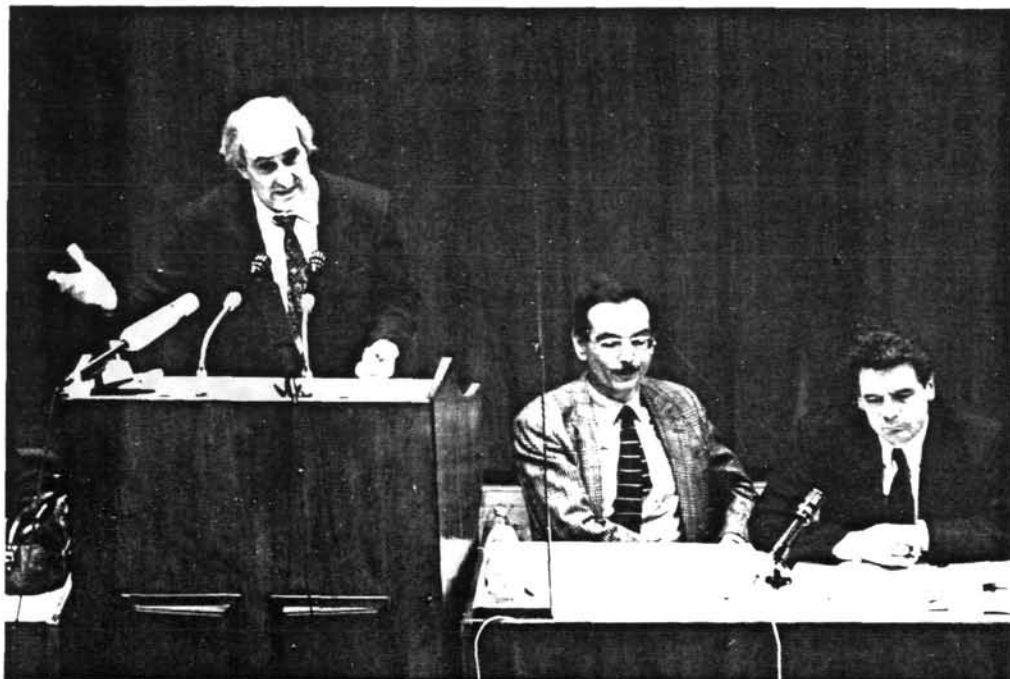
setzten sich für eine Anhörung von Vertretern der Gauck-Behörde in einem öffentlichen Konzil ein. Dem allen haben Sie mit ihrem Warnstreik Öffentlichkeit verschafft. Ich jedenfalls habe von diesem Warnstreik den Eindruck, daß er maximal genutzte Studiemzeit im Wahl-Fach Demokratie war. Denn Studenten und Lehrer haben in freundschaftlicher Gleichberechtigung für unsere Universität in einer non-stop-Diskussion gestritten und entschieden. Schade finde ich nur, daß es noch Zeitgenossen gibt, die meinen, daß Studenten "unaufgefordert" keinen Warnstreik machen würden, sondern so etwas vom Rektor selber organisiert sei ... Schade! Aber ich bin überzeugt, auch solche an der Souveränität der Studenten zweifelnde Mitmenschen können durch demokratische Praxis überzeugt werden. Auch wenn die fristlose Kündigung mich

sehr persönlich betrifft, möchte ich auch hier noch einmal ausdrücklich betonen, daß diese Aktionswoche der Autonomie dieser Universität und der Wahrung ihrer demokratischen Rechte gegolten hat. Die 18 Monate meines Rektorats haben immer dieses Ziel als Thema aller Bemühungen gehabt. Nun haben Sie in einer nicht nur mich ermutigenden Weise bewiesen, daß Sie in der Lage sind, Protest mit dem demokratischen Instrumentarium Ihrer eigenen Universität in Praxis umzusetzen. Das ist gerade an ausländischen Universitäten deutlich registriert worden. Ich danke Ihnen für die heitere Besonnenheit der Aktionen in der Öffentlichkeit. Sie haben nicht nur in unserer Stadt Menschen zum Nachdenken darüber gebracht, daß Demokratie an der Basis praktiziert werden muß. Ich halte diese Woche der Auseinandersetzung um Einhaltung rechts-

staatlicher Prinzipien bei der Entlassung eines Rektors, und der sehr ernsthaften Frage nach den Kriterien im Umgang mit Stasi-Akten schon für ein wichtiges Ergebnis. Ich danke Studenten und Kollegen für die Bestätigung des Vertrauens, das mir im April 1990 mit der Rektorstwahl ausgesprochen wurde. Wie auch immer das Bemühen um meine Rehabilitation ausgehen mag, diese gemeinsame Erfahrung im Streit um Demokratie hat uns aufs neue verbündet. Ich wünsche Ihnen eine erholsame Weihnachtszeit und ein neues Jahr, das uns im Bemühen um Demokratisierung (nicht nur in unserer Universität) weiterbringt. Verbunden im Engagement, daß Gerechtigkeit, Menschenwürde und Frieden, speziell für die Ausländer unter uns, Stichworte der Hoffnung bleiben, grüßt Sie sehr herzlich

Ihr Heiner Fink

Fotos: Fisahn



Impressum

UnAUFGEFORDERT Die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Universität. Erstmals erschienen am 17. November 1989.

Redaktion: Niemand Ist (Chefredakteur), Nils Floeck, Ingo Bach (sind verantwortlich für diese Sonderausgabe), Stefan Deutscher, Heiko Fritsch, Thomas Gensch, Matthias Kolbe, Jens Kracheel, Robert Kraft, Katrin Pietzner, Uwe Tigör, Hannah und Juliae.

Kontakt: Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, O-1086 Berlin; Hauptgebäude Raum 3022, Tel. 2093 2288

Herausgeber: Studentenrat der Humboldt-Uni Berlin, Unter den Linden 6, Berlin 1086, Tel. 2093 2645; INFObüro: Hauptgebäude Raum 2016

Redaktionsschluß: 2.12.1991

Satz: wir selbst

Kopiert: von einem Copy-Shop

Lizenz: (36a) 5077B beim Magistrat von Berlin

Nachdruck, auch auszugsweise, ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten aber um Quellenangabe und Belegexemplar.

Für alle Fakten besteht das Recht auf Gegendarstellung in angemessenem Umfang. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Kürzel werden nur von Redaktionsmitgliedern verwendet. Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich. Die Redaktionssitzungen sind öffentlich.

Nächste am 2. Dezember, 20 Uhr, in der Redaktion. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: ist auch.

Konto: BfG, M. Kolbe, 2624780300, BLZ 100 101 11

Vorsicht, Viel-O-So-Vieh!

Der Philosoph Rudolf Bahro zum Problem Heinrich Fink

Es geht hier um weit mehr als um die Person unseres Rektors. Ich bin völlig von der menschlichen Integrität Heinrich Finks überzeugt, und man braucht sich wegen der bördlichen Anschuldigung, die konstruiert werden mußte, wirklich keine Sorge um sein Seelenheil zu machen. Es handelt sich um eine ordinär politische Maßnahme.

Heinrich Fink macht in einer freierlich einigermaßen aussichtslosen Situation den ehrenhaften Versuch, im Übergang zu den neuen Verhältnissen die Würde dieser Universität zu wahren, indem er auf die Selbstreinigungskräfte in den Herzen ihrer Menschen setzt. Und nun soll der mißliebige Mann, der noch dazu den Mißerfolg nicht scheut, weil ihm das lutherische "Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir" in den Ohren klingt, auf diese Weise von der Bewerbung um ein zweites Rektorat ausgeschlossen werden.

Soweit es auch innerhalb der Universität Kräfte gibt, die das begrü-

ßen, mitspielen, mitbetreiben, so machen sie wohl in der Regel nach der Wende einfach mit verändertem Vorzeichen weiter wie vor der Wende. In anderen Fällen mag Kleingeisterei dazukommen, die nur an unmittelbare Interessen denkt und das Prinzipielle an Heinrich Finks Haltung als Rektor einfach nicht fassen will. Es ist nicht gut für Deutschland und die Welt, wie mit dem Syndrom Staatssicherheit umgegangen wird, nämlich in einem umfassenden Abschiebe- und Verdrängungsmanöver nach dem Sündenbockverfahren, noch dazu unter systematischem Absehen davon, daß es nach dem Hitlerkrieg in Westdeutschland das nicht gegeben hat, was jetzt hier praktiziert wird.

Jeder Mensch, der in der DDR jemals Kommunist oder auch nur Parteimitglied gewesen ist - und ich bin jahrzehntlang beides gewesen - und wer auch nur den schwächeren der beiden deutschen Nachkriegsstaaten bejaht hat, ist ursächlich mitverantwortlich für die Existenz dieses

Unterdrückungsorgans. Daß man mal von dem verprügelt worden ist, nimmt einen noch lange nicht davon aus. Jeder Staat hat so einen seiner Natur nach menschenfeindlichen Apparat, und den der DDR habe auch ich ein wenig spät als immanente Widerlegung unseres ganzen emanzipatorischen Projekts begriffen. Nach den Kriterien, die hinter der offiziellen Intrige gegen Heinrich Fink stehen, werde ich wohl auch mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben, besonders während der neunmonatigen Untersuchungshaft. Ich war in einer bestimmten Phase aufgefordert worden, für jemanden ganz "oben", ich sollte annehmen, etwa für Kurt Hager, einmal aufzuschreiben, wie ich mir denn über den Text meiner "Alternative" hinaus die Einleitung der von mir vorgeschlagenen reformkommunistischen Praxis vorstelle, und ich habe so ein Papier geliefert, über den Tisch in die Hände des Vernehmungsrichters.

Die ganze vorherrschende Art und

Weise, die DDR zu bewältigen, indem man es hier nicht gewesen ist und sich drüben aufgrund der alliierten Demokratisierung Licht ohne Schatten zuschreibt, macht nur dann Sinn, wenn man verdrängt, daß es die Schlacht von Stalingrad, daß es die sowjetische Fahne auf dem deutschen Reichstagsgebäude und darum, wenigstens darum die DDR hat geben müssen. Wenn der gescheiterte Versuch, in Ostdeutschland den Sozialismus aufzubauen, dennoch seine Notwendigkeit hatte, dann hat dem eben entsprochen, wie ein Heinrich Fink "Kirche im Sozialismus" verstanden hat und verstehen mußte. Und ohne diesen Hintergrund kann man diesen Menschen und sein heutiges Verhalten nicht begreifen.

Rudolf Bahro
(auf der Podiumsdiskussion am 28.11.1991 im Audi max der HUB)

Anständige Menschen haben das Problem, sich mit jedem Schritt Feinde zu schaffen.
Das moralische Plus des Senats: er wird Rektor Fink weder ausweisen noch verhaften.
Das System ist aus allen Diktaturen bekannt, wozu [den Angeklagten] fragen, erstmal Kopf ab!
Wer lange verfolgt wird, wird schuldig; wenn alle schuldig sind, beginnt die Demokratie.

N.N.
Gisela Kraft
Stefan Heym
Albert Camus

Schlußakkord oder Zwischenspiel?

Versuch eines Resümees

Es war schon erstaunlich, wie schnell die sanft entschummert scheinende Studentenschaft der HUB durch ein einziges Fanal zur Fahne eilte. Wo doch die Urabstimmung zur Zukunft des StuRa anderes vermuten ließ. Es gibt sie also doch noch, die Verbundenheit der StudentInnen zu ihrer Uni und das Bedürfnis, nicht alles widerspruchslos hinzunehmen. Das ist ein Erfolg! Und auch die nicht mehr schweigende (sondern vielmehr lauthals aufschreiende) Mehrheit der StudentInnen hat den Streik nicht mehr nur als willkommenes verlängertes Wochenende betrachtet, sondern auch als

Möglichkeit, einander zuzuhören (oder niederzupfeifen), aufeinander zuzugehen (oder als Moskau-äh PDS-gesteuert zu diffamieren).

Waren die Aktionen überstürzt, ohne Beweise und Gegenbeweise abzuwägen? Ergriffen wir nur Partei für jemanden, der wohl schon lange auf der Abschußliste stand und nun seinen finalen Rettungsschuß empfangen sollte? Ich denke nicht! Denn hier geht es um mehr, als nur um "Heiner" - um die Art und Weise des Umganges mit der Vergangenheit beispielsweise, oder die Möglichkeit der Beeinflussung der Zukunft der Universität. Oder eben auch um

die Pflicht des Widerstandes gegen die jetzige Arroganz der Macht, die sich u. a. auf die Aktenberge gründet, die eine auf Sicherheit versessene und trotzdem untergegangene arrogante Macht hervorbrachte.

Wenn Medienpräsenz ein Indikator wäre für Erfolg, dann hätten wir unsere Ziele fast schon erreicht. Aber sie ist eben kein solcher! Es gehört eben zu den Errungenschaften unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung (wie leicht einem das inzwischen von den Lippen [bzw. in die Tasten säzza] geht), daß man durchaus alles sagen kann (oder zumindest fast alles, stimmt's Herr

Erhardt), ohne ge- bzw. erhört zu werden.

Die Zukunft von Rektor Fink liegt jetzt auch in den Händen seiner Anwälte. Was aber halten wir nun in den Händen? Greifbare Ergebnisse bisher kaum. Aber ein neues Selbstbewußtsein vielleicht (nur neue fromme Wünsche?) oder ein neues Denken (kommt Euch das bekannt vor?). So gesehen, wenn es denn so ist, waren die letzten Tage mehr als nur ein Schlußakkord auf eine Ära! Es war ein Zwischenspiel - vielleicht auch ein erfolgreiches... ib

Das Pilatus-Syndrom

Konziliantes vom Freitag [mit einigen Bemerkungen]

Am Mittwoch hatte Herr Geiger versprochen, daß entweder er oder Herr Gauck höchstselbst in die Uni kommen würden. Und es kamen beide. Aber die Diskussion zwischen den Beteiligten (Gauck & Geiger, den Rechtsanwälten, den Konzilsmitgliedern und den Zuschauern auf der Empore) gestaltete sich sehr schwierig.

Herr Gauck begann damit, sich mißbilligend über die Demonstration zu seiner Behörde zu äußern. Dabei sprach er von einer PDS-gesteuerten Demo, ohne daran zu denken, daß ferngesteuerte Demos aus der LQI (Sprache des vierten Reiches) kommen, nur daß damals die Fernsteuerung aus dem Hause Springer kam und nicht aus dem Karl-Liebknecht-Haus. Auch Gauck hat es sich 1989 sicher verbeten, ferngesteuert zu sein. Die Menschen kommen auch auf eigene Gedanken, die sich zuweilen sogar mit denen decken, die politische Parteien auf ihren Fahnen stehen haben. Daraus eine Steuerung abzuleiten, ist damals wie heute empörend und absurd zugleich. (Hut ab vor der Entschuldigung von Herrn Gauck am Schluß diesen Vorwurf betreffend, die mir zeigte, daß er sachlichen Argumenten zugänglicher ist, als es am Beginn der Veranstaltung schien).

Auch das Auditorium hatte so seine Probleme mit der Meinungsvielfalt. Einmal piffen die Gäste schon nach zwei Worten von Gauck, also ohne überhaupt zu wissen, was er sagen wollte, bloß weil sie zu wissen *glaubten*, was er gleich sagen würde.

Wenn nun schon die Ostler untereinander solche Probleme bei der Kommunikation haben, wie soll dann der unumgängliche Dialog zwischen Wessis und Ossis zustande kommen. Es muß endlich gelingen, auch Menschen mit prinzipiell anderen Meinungen zu akzeptieren, ohne sie gleich als rechtes Schwein (oder rote Sau) zu bezeichnen. Es kann nicht sein, daß Menschen, die eine von der Mehrheit (in der Universität!) abweichende Meinung zur Integrität von Heinrich Fink haben, sich nicht zu Wort melden, weil sie

um ihre Gesundheit (zumindestens um ihre seelische) bangen müssen. Denn dann passiert auf der linken Seite genau das, was dem Senator Ehrhardt auf der rechten vorgeworfen wird.

Die Menschen müssen endlich lernen, auch jemandem, der eine Meinung hat, die sich von der eigenen grundlegend unterscheidet, bis zum Schluß zuzuhören. Sie stürzen sich aber auf den ersten falschen Nebensatz, um ihm aus diesem einen Strick zu drehen, an dem sie die ganze Meinung aufhängen können, damit sie sich nicht etwa mit ihr auseinanderzusetzen brauchen. Ist diese Meinung dann nicht mal opportun oder nicht (im juristischen Sinne) beweisbar, dann ist alles zu spät und die Meinung muß baumeln, unabhängig davon ob (oder gerade weil?) sie Wahres enthält. Das war sehr schön (bzw. unschön) in der Diskussion zwischen Herrn Gauck und dem Konzil (respektive seinen Gästen) zu sehen.

Herr Gauck äußerte dann im Konzil immer wieder, daß er selbst das Gesetz nicht beschlossen hätte und daß seine Behörde nur ihre Arbeit tut und daß er selbst unzufrieden ist und ... und ... und. Abgesehen von der Frage, warum er diesen Job tut, wenn ihm die Rechtsgrundlagen nicht gefallen (ist das nun die Lust an der Macht oder nur seine Meinung, ein anderer würde diesen Job noch schlechter machen), ist sein Gefühl, an der Kampagne gegen Rektor Fink unschuldig zu sein, wohl nicht ganz unberechtigt. Er hat dem Senator nur den Strick geliefert, den dieser dann sofort angelegt hat. Und Ehrhardt wie auch andere waren sehr verwundert, als sowohl dieser Strick als auch die Art dieses Stricks sowie der Fakt, daß es diese Stricke überhaupt gibt, in Frage gestellt wurde. Aber auch Ehrhardt behauptete, er hätte nur so handeln können, wie er gehandelt hat. Er schob die Schuld also auch auf die Lage und auf das Recht der anderen Verdächtigten auf Gleichbehandlung (wohlbemerkt

nicht auf Gerechtigkeit, sondern auf Gleichbehandlung, um nicht Gleichmacherei zu sagen, denn dies ist per Definition ein Problem des Sozialismus).

Die rechtliche Lage ist nun aber (nach meiner unmaßgeblichen Meinung) so, daß Ehrhardt die fristlose Entlassung ausgesprochen hat und damit den Hut in diesem Fall aufhat. Daß er sich nach der allgemeinen Stimmung im Lande gerichtet hat, entschuldigt ihn höchstens im öffentlich-rechtlichen Sinne (will sagen im Sinne der allgemein üblichen Rechtsauffassung der Öffentlichkeit), aber weder im moralischen noch im juristischen Sinne.

Auch wäre es von Seiten Ehrhardts taktisch wesentlich klüger gewesen, mit der fristlosen Entlassung bis

nach der Rektorwahl zu warten. Vielleicht hätte sich das Problem Rektor Fink dann von selbst erledigt. Aber es spricht Bände über die Art des Umgangs mit dem Thema Stasi-Mitarbeiter, daß er sich nicht

von taktischen Erwägungen leiten ließ, sondern eher von seiner Abneigung gegen den aufrechten Gang der Humboldt-Uni im allgemeinen und von Rektor Fink im besonderen (was wohl nicht zu trennen ist, obwohl es nicht dasselbe ist).

Daß Ehrhardt an seiner Position festhält, ist daran zu sehen, daß er den 1. Prorektor beauftragt hat, die Amtsgeschäfte von Rektor Fink zu übernehmen. Dieser hat dem Konzil mitgeteilt, daß er dies nur tut, wenn er dazu die Legimitation des Konzils erhält. Dies hatte sich also nach Annahme der Bitte an Heinrich Fink, im Amt zu bleiben, fürs erste erledigt.

Nach der Pause nahm das Konzil dann noch zwei (wesentliche) Beschlüssen an:

„Wir halten auch nach der Anhörung von Herrn Gauck und Dr. Geiger die fristlose Entlassung des Rektors für voreilig und ungestützt.

Wir fordern den Senator für Wissenschaft und Forschung auf, an-

stelle der Entlassung von Herrn Fink die Prüfung der gegen ihn vorliegenden Vorwürfe durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission (Senatsverwaltung und Universität) zu veranlassen. Bis zur Klärung bitten wir den Rektor, im Amt zu bleiben.“

Diesem Antrag wurde mit 83 gegen 8 Stimmen stattgegeben (bei 10 Enthaltungen).

„Das Konzil kritisiert den Beschluß des Akademischen Senats vom 26.11.1991 im Punkt 4 [der lautet *„Der Akademische Senat der HUB beschließt, daß die Wahlen zum Senat und Konzil erst stattfinden, wenn die Vorwürfe gegen den Rektor gerichtlich überprüft sind.“* sätze] und stellt hiermit den Antrag, diesen Punkt zu modifizieren. [Laut Statut ist der Wahltermin Sache des Akademischen Senats, und Ehrhardt ist damit einverstanden gewesen, daß die Wahlen verschoben werden, aber naja ... warum sollte er hier mal recht haben? sätze]. Es liegt im Mantelgesetz ein klarer Auftrag des Gesetzgebers vor, 1991 an der Humboldt-Universität zu Berlin die Selbstverwaltungsgremien Konzil und Senat zu wählen. Nach § 8 Abs. 1 der HWahlVO (Hochschulwahlverordnung) ist der Vorgang der Wahl bis zum Ende der Vorlesungszeit abzuschließen.

Eine Aussetzung der Wahlen über diesen Zeitpunkt hinaus bedeutet eine schwerwiegende Bedrohung der möglichen Selbstverwaltung der Humboldt-Universität mit unabsehbaren Weiterungen. [hü, isn das? sätze]

Da eine gerichtliche Prüfung der Vorwürfe gegen den Rektor bis zum Semesterende als unwahrscheinlich anzusehen ist, wird beantragt, die Wahlen fristgemäß durchzuführen. Im Interesse der Chancengleichheit der Kandidaten und des Abbaus der gegenwärtig überwiegend emotionalen Beurteilungen ist eine Verschiebung des Wahltermins innerhalb der gesetzlichen Frist sinnvoll.“ Dieser Antrag wurde mit 83 gegen 10 Stimmen angenommen (bei 10 Enthaltungen). -bakunin

